

Kommunale Wirtschaftspolitik

Die aktuelle Lage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Konjunktur in Baden-Württemberg war in den vergangenen Jahren positiv. Indikatoren dafür sind die im Bundesdurchschnitt geringen Arbeitslosenzahlen sowie die positive Arbeits- und Ausbildungsplatzentwicklung. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten führte in den letzten Jahren zu einem Exportschub zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden des Landes. Da Konjunktur ein fragiles Element darstellt und dadurch einem stetigen Auf und Ab unterworfen ist, sind daher liberale Konzepte zur Stärkung der heimischen Wirtschaft gefragt.

Liberale Grundsätze

Städte und Gemeinden müssen weiterhin ein positives Klima für Gewerbe, Dienstleistungen, Handwerk und Industrie vermitteln. Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Gemeinschaft. Die FDP wird sich vor Ort konsequent jeglichen Bestrebungen der Haushaltssanierung durch Erhöhung der Gewerbesteuer widersetzen. Insofern ist die FDP überhaupt nicht erfreut, dass in 2011 die Gewerbesteuer in Waiblingen von 350 auf 360 v.H. angehoben wurde. Wir setzen uns für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein und wollen sie durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung ersetzen, das für die Gemeinden ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert. Die Gemeinden erhalten einen auf 12 % erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer und einen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die örtliche Wirtschaftsförderung ist durch den Einsatz von Fachleuten mit Wirtschaftskompetenz zu stärken. Bei der Wirtschaftsförderung ist die Bestandspflege bestehender Betriebe ebenso wichtig wie das Bemühen, neue Betriebe in Städten und Gemeinden anzusiedeln. Bestandspflege bedeutet mit Betrieben das gegebenenfalls wichtige Thema der Unternehmensnachfolge zu verhandeln und Hilfestellungen anzubieten. Städte und Gemeinden sollten ihren Spielraum nutzen, zum Abbau von Genehmigungshürden (Baurecht, Gewerberecht) beizutragen. Die

zeitnahe, positive Entscheidung über Anträge im Bau- und Gewerberecht sind wesentliche kommunale Standortvorteile im Wettbewerb um Betriebe. Städte und Gemeinden sollten als Serviceleistung Gewerbeflächendateien führen, um ansiedlungs- oder erweiterungswilligen Betrieben eine transparente Standortbasis zu vermitteln. Städte und Gemeinden sollten die Richtlinien für Vergaben von Bauleistungen derart ausnutzen, dass möglichst viele Vergaben an regional ansässige Betriebe erfolgen können. Die FDP begrüßt die Heraufsetzung von Wertgrenzen, die bei der Vergabe von Bauleistungen den örtlichen Betrieben mehr Auftragschancen verleihen. Der Rückzug der Kommunen aus eigenen Wirtschaftsbeteiligungen stärkt den privaten Wirtschaftssektor. Liberale Wirtschaftspolitik wird deshalb die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen weiter begrenzen und nicht-hoheitliche Aufgaben und Dienstleistungen wieder Privaten zukommen lassen. Das Gemeindegewirtschaftsrecht wurde 2005 auf Druck der FDP zum zweiten Mal verschärft. Nun ist durch die Einführung eines Anhörungsrechtes der öffentlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel im Gemeinderat vor einem Tätigwerden der Gemeinde außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge sowie die Einführung eines Klagerechtes für die Zukunft sichergestellt, dass private Aufgabenerledigung – in Bereichen außerhalb der Daseinsvorsorge – gegenüber einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand Vorrang hat. Städte und Gemeinden sollten nicht nur vom eigenen Rathausurm blicken. Konkurrenzfähige Wirtschaftsförderung setzt heute eine regionale Zusammenarbeit mit entscheidungsfähigen operativen Einheiten voraus.

Zur Situation in Waiblingen

Im Jahr 2013 wurde bei der Gewerbesteuer der Planansatz wieder einmal nicht überschritten, d.h. die Gewerbesteuereinnahmen waren geringfügig rückläufig. Es ist zu hoffen, dass durch die momentanen positiven Wirtschaftsaussichten neue Planansätze in der Zukunft erfüllt werden können. Im Unternehmensmix von Produktionsbetrieben, Dienstleistern, Handwerk sowie Groß- und Einzelhandel besteht in Waiblingen nach wie vor eine Dominanz im Gewerbesteueraufkommen bei einigen wenigen großen Produktionsbetrieben. Dies macht das Gewerbesteueraufkommen Waiblingens in hohem Maße konjunktur-

abhängig und krisenanfällig. Trotz verstärkter Anstrengungen in den vergangenen Jahren ist die Gefahr einer Verödung der Einkaufs- und Gewerbelandschaft in der Kernstadt noch nicht völlig gebannt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen bemüht sich um die Schaffung und den Erhalt eines positiven Wirtschaftsklimas. Grundgedanke sollte sein, dass man sich in Waiblingen nicht für eine Unternehmung, sondern für die Verhinderung einer Idee rechtfertigen muss. Hierbei kommt den klein- und mittelständischen Strukturen besondere Beachtung zu, da sich kleine und mittlere Unternehmen als langfristige, zuverlässige Partner bei der Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen und als Stabilitätsfaktor bei konjunkturellen Schwankungen erwiesen haben. Die FDP begrüßt daher die Anstrengung der Stadt, der Wirtschaftsförderung ein größeres Augenmerk zu schenken und diese zu stärken. Dazu gehört unbedingt die Ausweisung von weiteren Gewerbegebieten. Der geplante direkte Dialog der Verwaltung mit Produktionsunternehmen, Handwerk und Dienstleistern ist ein sinnvoller Schritt auf diesem Weg. Dem Einzelhandel in der Kernstadt sollte eine besondere Priorität in der Wirtschaftsförderung eingeräumt werden. Die etablierte Wirtschafts-, Tourismus- und Marketing-Gesellschaft (WTM) ist hierzu unerlässlich und sollte auch weiterhin fortgeführt werden. Die auch für Besucher aus dem Umland attraktiven Ereignisse wie das Altstadtfest, der Weihnachtsmarkt sowie der Oster- u. Martinimarkt sind Beispiele für gelungene Initiativen unter Einbeziehung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Das Konzept des einfachen und kostengünstigen Parkens sollte weiter betrieben werden und wo möglich in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe noch weiter ausgebaut werden. In der Innenstadt müssen Handel und Gewerbe weiterhin für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben. Die FDP Waiblingen setzt sich dafür ein, die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in allen Ortschaften zu sichern. Dabei spielt die standortangepasste Raumplanung eine wichtige Rolle, weil großflächige Einzelhandelsbetriebe sich unter Umständen negativ auf die Nahversorgung auswirken können. Einer Verteilung von Großmärkten ist der Vorzug vor einer Ballung zu geben. Zur wohnortnahen Versorgung

sind insbesondere in den Ortschaften kreative unternehmerische Initiativen des Handels und des Handwerks zu fördern.